



Statement des Bayerischen Staatsministers des
Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann,

anlässlich der Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen
für das 1. Halbjahr 2016

am 1. August 2016 in München

Inhaltsverzeichnis:

I.	Einleitende Worte	2
II.	Islamismus, islamistischer Terrorismus	4
III.	Rechtsextremismus	13
IV.	Linksextremismus	19
V.	Ausländerextremismus	22
VI.	Ausblick und Dank	26

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Einleitende Worte

Sehr geehrte Damen und Herren,

Einleitende
Worte

Folie 1

In den letzten beiden Wochen wurde Bayern von einer **schrecklichen Anschlagsserie** erschüttert. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Erst die Axt-Attacke in einem Regionalzug nahe **Würzburg**, dann der Amoklauf in **München** und schließlich der Bombenanschlag in **Ansbach** – und damit das **erste islamistische Selbstmordattentat in Deutschland**.

Es ist verständlich, dass diese – auch heute noch unfassbaren – **Gewalttaten** die **Bevölkerung in Angst und Schrecken** versetzt haben. Gleichwohl gilt es, zunächst die Hintergründe der jeweiligen Taten aufzuklären.

Klar ist jedenfalls: Für eine effektive Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus ist ein starker **Verfassungsschutz**

unverzichtbar. Denn die **Bedrohungen** durch Extremisten und Terroristen sind auch im **1. Halbjahr 2016** nicht geringer geworden. **Demokratiefeinde jeglicher Ausrichtung** versuchen auch in Deutschland **weltpolitische Entwicklungen für ihre Propaganda** und **Aktivitäten** zu nutzen – zum Schaden von Staat, Gesellschaft und jedem Einzelnen von uns!

II. Islamismus, islamistischer Terrorismus

Anschläge weltweit	Auch in 2016 reißt die Serie terroristischer Anschläge weltweit nicht ab. Wahllose Massenmorde wie in Brüssel, Istanbul und Nizza , Angriffe auf die Community der Lesben, Schwulen, Bi- und Transgender in Orlando , die Ermordung zweier Polizeibeamter in ihrem privaten Umfeld in Paris wie auch die Anschläge in Würzburg und Ansbach verdeutlichen die ganze Bandbreite der realen Bedrohung, der wir uns weltweit ausgesetzt sehen.
<i>Folie 2</i>	
Gesteuerte Terrorzellen	Zum einen müssen wir nicht zuletzt auf Grund der Anschläge in Paris und Brüssel mit gesteuerten und planmäßig agierenden Terrorzellen rechnen . Und hier müssen wir auch im Blick haben, dass der IS die Flüchtlingsroute nutzt, um Anschläge durchzuführen.
Attentäter als Flüchtlinge als getarnt	So sind zwei Attentäter der Anschläge in Paris vom November 2015 im Flüchtlings-

strom unter Nutzung von Falschpersonalien nach Europa eingereist.

Sicherheit der
Grenzen

Das zeigt deutlich: Wir brauchen bis zur Wiederherstellung eines wirksamen EU-Außengrenzschutzes weiterhin wirksame **Kontrollen** an unseren **Binnengrenzen**. Flüchtlinge müssen so **rasch** und **genau wie möglich identifiziert** werden. Wer ohne Papiere einreist oder seine Identität nicht belegen kann, muss **an den deutschen Grenzen zunächst festgehalten** und **gegebenenfalls zurückgewiesen** werden. Wir brauchen eine klare Rechtsgrundlage, um **erkennungsdienstliche Maßnahmen zwangsweise durchzusetzen**, sowie eine europaweite Vernetzung und die erforderlichen Zugriffsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden auf Fingerabdruck- und DNA-Dateien.

Radikalisierte
Einzeltäter –
einsame Wölfe

Auch von radikalisierten Einzeltätern, den sogenannten **einsamen Wölfen** geht eine hohe Gefahr aus. Diese sind nicht unmittelbar in die Strukturen terroristischer

Organisationen eingebunden, sondern haben sich in ihren Heimatländern zumeist über das Internet **selbst radikalisiert**. Das gilt z. B. für den Täter, der in einem Vorort von Paris einem Polizeibeamten und dessen Partnerin auflauerte und seine Taten im Internet nahezu zeitgleich verbreitete.

Anschläge in
Würzburg und
Ansbach

Folie 3

Der **Generalbundesanwalt** hat zu den Anschlägen von **Würzburg und Ansbach** Ermittlungen wegen des Verdachts der **Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung** und versuchten Mordes aufgenommen. Im Rahmen der Ermittlungen wird **zu klären** sein, ob die Täter die Tat **als Mitglied des IS zielgerichtet** begangen haben und ob weitere bislang **unbekannte Tatbeteiligte** oder **Hintermänner** in die Tat eingebunden waren.

Rückkehrer;
Ausreisen Bund
und Bayern

Folie 4

Eine besondere Gefahr für die Innere Sicherheit in Deutschland geht weiterhin von **Rückkehrern** insbesondere **aus Syrien und Irak** mit eventueller Kampferfahrung

aus. Sie stellen vor allem in Bezug auf gewaltbereite Aktionen ein unkalkulierbares Risiko dar.

Nach wie vor reisen Jihadisten auch aus Deutschland in die Kampfgebiete in Nahost aus. Aktuell sind **aus Bayern über 90 Personen** in Richtung Syrien bzw. Irak ausge- reist oder beabsichtigen dies. **Bundesweit** gehen die Sicherheitsbehörden von **mehr als 840 Islamisten** aus, die auf Seiten jihadistischer Gruppierungen an Kampfhandlungen in Syrien und im Irak teilnehmen oder diese in sonstiger Weise unterstützen. Auch wenn die **Ausreisedynamik** sich etwas **verlangsamt** hat, ist die Lage sehr ernst.

140 Todesfälle, Bislang starben vermutlich etwa **140** Islamisten aus Deutschland bei Kampfhandlungen bzw. durch Selbstmordanschläge im Jihadgebiet Syrien/Irak, **acht davon aus Bayern**.

In Bayern sind 50 % der Ausgereisten oder Ausreisewilligen 25 Jahre oder jünger. Der Anteil der **Minderjährigen** beträgt rund **10 %**. Mich beunruhigt besonders, dass von ihnen zunehmend **auch gewalttätige Aktionen** ausgehen.

Angriffe durch
Minderjährige

Im Februar wurde ein Bundespolizist in Hannover durch den **Messerangriff** einer 15-Jährigen schwer verletzt. Mitte April verübten Minderjährige in Essen einen **Bombenanschlag** auf eine indische Hochzeitsgesellschaft. In beiden Fällen ergaben die Ermittlungen **Kontakte** der Jugendlichen **zur salafistischen Szene**.

Die **Radikalisierung** von **Minderjährigen** erfolgt aufgrund ihrer noch ungefestigten Persönlichkeitsstruktur **besonders schnell**, bis hin zum Entschluss, in ein Jihadgebiet auszureisen oder in ihrem Heimatland gewalttätige Aktionen durchzuführen.

Instrumentali-
sierung von
Minderjährigen

Salafisten zielen mit ihrer **Propaganda** da-
her gezielt auf die **Instrumentalisierung**
Minderjähriger ab. Kinder und Heran-
wachsende agieren im Internet sowohl als
passive Konsumenten wie auch als aktive
Verbreiter jihadistischer Propaganda. Of-
fen zugängliche salafistische Internetseiten
und soziale Netzwerke ermöglichen schnell
und einfach die Kontaktaufnahme mit Sala-
fisten und Jihadisten.

Präventions-
netzwerk
Salafismus

Um eine Radikalisierung **möglichst zu**
verhindern oder bereits in einem frühen
Stadium **einer weiteren Radikalisierung**
junger Salafisten zu begegnen, arbeiten
Innen-, Justiz-, Kultus- und Sozialminis-
terium seit dem letzten Sommer verstärkt
ressortübergreifend in dem neu geschaf-
fenen „**Bayerischen Präventions- und**
Deradikalisierungsnetzwerk gegen
Salafismus“ zusammen. Auch das Lan-
desamt für Verfassungsschutz kooperiert
als Teil dieses Netzwerks mit den ver-
schiedensten staatlichen Stellen im Bil-
dungs- und Sicherheitsbereich. Unser

Netzwerk bietet neben **Vorträgen, Workshops** und **Veranstaltungen konkrete Unterstützung** und **Beratung** für Betroffene sowie für das Umfeld sich radikalisierender Personen. Dabei werden die beiden Säulen Prävention und Deradikalisierung systematisch abgedeckt.

Islamistischer
Terrorismus
richtet sich gegen die ganze
Gesellschaft

Anders als der Terrorismus der RAF, der zuvorderst Spitzen der Gesellschaft und des Staates im Visier hatte, **richtet sich** der islamistische Terrorismus **gegen die gesamte Gesellschaft** und alle ihre Bürger. Indem die Attentäter bei der Wahl ihrer Opfer keine Tabus mehr kennen, versuchen sie, unsere ganze **Art zu leben** und damit unsere **Freiheit** zu zerstören.

Angesichts dieser völlig neuen Dimensionen der Bedrohung hat Bayern **reagiert**:

Neues
BayVSG

Seit heute gilt in Bayern ein neues **Bayerisches Verfassungsschutzgesetz**, das die Befugnisse des Verfassungsschutzes an die **aktuellen Bedrohungen** und Gefahren

Folie 5

für unsere Demokratie anpasst. Hierzu haben wir eine **Broschüre vorbereitet**, die einen Überblick zu den **Aufgaben** des Verfassungsschutzes und den **Neuerungen** gibt, die wir bei den gesetzlichen Regelungen vorgenommen haben. Sie liegt den Unterlagen zur Pressekonferenz bei.

Mit dem neuen BayVSG tragen wir der zunehmenden Nutzung **moderner Kommunikationsmittel und sozialer Netzwerke** durch Terroristen und Extremisten Rechnung und geben dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz die hier **notwendigen Befugnisse**.

Bayern übernimmt dabei mit dem – unter engen Voraussetzungen gestatteten – **Zugriff auf die Daten der Vorratsdatenspeicherung** bundesweit bewusst eine **Vorreiterrolle**. Die Telefongesellschaften sind verpflichtet, die Verkehrsdaten, die sie ohnehin für ihre Abrechnung speichern, **etwas länger als üblich**, nämlich für **zehn Wochen, aufzuheben**. Es geht dabei

wohlgemerkt nicht um die Inhalte der Gespräche, sondern um Daten, wer mit wem, wann, wie lange gesprochen hat. Die Maßnahme darf zudem erst nach **Zustimmung** der **unabhängigen G 10- Kommission** des Bayerischen Landtags durchgeführt werden.

Wir setzen damit ein **klares politisches Signal an den Bund und die übrigen Länder**, schnellstmöglich ebenso zu verfahren.

Zudem wird es dem Verfassungsschutz ermöglicht, Telefongespräche von Terroristen abzuhören, bevor sie von diesen verschlüsselt werden.

Und wenn Radikalisierungsprozesse immer früher beginnen, dürfen wir nicht blind bleiben. Der **Verzicht auf eine Altersuntergrenze** für die Speicherung von Daten über Minderjährige im neuen Bayerischen Verfassungsschutzgesetz ist daher ebenso **richtig wie notwendig**.

III. Rechtsextremismus

Im Bereich des Rechtsextremismus gibt es seit Jahresbeginn einige **neue Entwicklungen**, insbesondere außerhalb der klassischen Strukturen rechtsextremistischer Parteien.

Bereits seit geraumer Zeit stellen wir fest, dass die rechtsextremistische Szene verstärkt **im** vermeintlich anonymen Raum des **Internets** gegen Flüchtlinge, Politiker oder engagierte Bürger **hetzt**. Auf diesem Weg versucht sie, **ausländerfeindliche Stimmungen** zu erzeugen oder zu verstärken.

Hass-Postings durch Facebookgruppe „Groß-Deutschland“

Aufgrund von Erkenntnissen unseres Landesamtes für Verfassungsschutz hat die Staatsanwaltschaft Kempten ein Verfahren gegen die Hintermänner und identifizierte Mitglieder einer Facebookgruppe eingeleitet. Darin wurde über Monate hinweg der Nationalsozialismus verherrlicht und durch **Hass-Postings Straftaten wie Volksver-**

Folie 6

hetzung begangen. Diese sind häufig die Vorstufe für eine weitere Radikalisierung. **Rechtsextreme Umtriebe** haben deshalb **auch im virtuellen Raum nichts zu suchen.**

Bundesweite
Durchsuchungen

Polizeibeamte **durchsuchten** am **13. Juli in zwölf Bundesländern** die Wohnräume von insgesamt **37 Beschuldigten**, davon waren **sechs in Bayern** wohnhaft. Im Zuge der Exekutivmaßnahmen haben die Ermittler eine Vielzahl von Beweismitteln wie **Computer, Handys** und **rechtsextremistisches Propagandamaterial** sichergestellt. Die Auswertung der Asservate dauert noch an.

Themenfeld
Anti-Asyl eint
die Szene

Nach wie vor wirkt sich das **Themenfeld Anti-Asyl** einheitsstiftend auf die rechtsextremistische Szene aus. Dies führte zu punktuellen **partei- und spektrenübergreifenden Kooperationen** zwischen an sich konkurrierenden Parteien und Gruppierungen. So treten beispielsweise **Vertreter** der **NPD** und der Partei **DIE**

RECHTE mitunter auf den Veranstaltungen der jeweils anderen Partei auf.

PEGIDA- Bei den vom Verfassungsschutz beobach-
Ableger mit teten „**GIDA**“-**Gruppierungen** in Mün-
extremistischen chen, Nürnberg und Würzburg betätigen
Bezügen sich ebenfalls **Rechtsextremisten** und

Folie 7

Aktivisten der **verfassungsschutzrele-**
vanten Islamfeindlichkeit und prägen
damit zunehmend ideologisch die Veran-
staltungen. So ist zum Beispiel die
NüGIDA eng mit der rechtsextremisti-
schen Partei DIE RECHTE verwoben.

PEGIDA- Auch unter den Teilnehmern der Veranstal-
München tungen von **PEGIDA-München** befinden
sich regelmäßig Aktivisten rechtsextre-
mistischer Parteien und Organisationen,
darunter der **NPD**, des **III. Weg**, **DIE**
RECHTE, der **Bürgerinitiative Ausländer-**
stopp München (BIA-München) und der
Identitären Bewegung, deren Symbol
wiederholt am Rednerpult angebracht wur-
de.

Bei einer **Demonstration am 11. Januar** führten Rechtsextremisten den Aufzug mit an und trugen zumindest zeitweise ein Frontransparent von PEGIDA-München.

Im ersten Halbjahr 2016 war die Teilnehmerzahl der **Montagskundgebungen** von PEGIDA-München **rückläufig**. Im Januar nahmen noch bis zu 400 Personen teil, im Mai sank die Zahl auf etwa 90 Teilnehmer.

Ebenso verhielt es sich bei den vom Verfassungsschutz beobachteten „GIDA“-Gruppierungen in Nürnberg und Würzburg.

PEGIDA
Nürnberg

Die Gruppe **PEGIDA Nürnberg** wird vom Landesamt für Verfassungsschutz dem Phänomenbereich der **verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit** zugeordnet. An ihren Kundgebungen nehmen regelmäßig Rechtsextremisten teil. Diese werden zwar als von den Veranstaltern unerwünscht bezeichnet, gleichwohl aber nicht von der Versammlung ausgeschlossen.

Allgida
Kempten als
neues
Beobachtungs-
objekt

Im Mai hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Beobachtung der **Allgida Kempten** („Allgäuer gegen die Überfremdung des Abendlandes“) aufgenommen, deren Ausrichtung ebenfalls von Rechtsextremisten geprägt ist.

Identitäre
Bewegung

Folie 8

Die ursprünglich aus Frankreich stammende **Identitäre Bewegung** (IB) Deutschland steht ebenfalls seit Januar unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Sie betont die Bedeutung von Abstammung und Identität und lässt eine **starke Nähe zur völkischen Ideologie von Rechtsextremisten** erkennen.

Verflechtungen
mit rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen

Zudem sind einzelne personelle **Verflechtungen der Identitären Bewegung mit rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen** im In- und Ausland feststellbar. Mehrere bayerische Aktivisten waren zudem bereits früher in rechtsextremistischen Organisationen aktiv.

Durch ihr jugendaffines Erscheinungsbild in den **sozialen Netzwerken** versuchen

die Aktivisten, **Jugendliche** und **junge Erwachsene** zu erreichen. Die Gruppierung entfaltet zunehmend weitere öffentliche Aktivitäten. Die Gruppen **IB Schwaben** und **IB Franken** treten als **Dachorganisationen** für lokale Ableger auf. Zur Gründung neuer Ortsgruppen wurden im ersten Halbjahr mehrere „**Gründungsstammtische**“ durchgeführt.

Motto „Wir sind die Grenze“ Mit der **Konzentration** auf die **Flüchtlingsproblematik** versucht die Identitäre Bewegung größere Bekanntheit und Akzeptanz zu erlangen. Unter dem Motto „**Wir sind die Grenze**“ fanden mehrfach Kundgebungen an der deutsch-österreichischen Grenze bei Freilassing statt, an der sich in der Spitze jeweils ca. 400 Personen beteiligten. **Vereinzelt** nahmen dabei auch **Aktivisten aus der Neonaziszene** teil. Insgesamt ergeben sich daraus hinreichend gewichtige Anhaltspunkte, die eine Beobachtung rechtfertigen.

IV. Linksextremismus

Hohes Gewalt-
potenzial

Folie 9

In der **linksextremistischen Szene** ist das **Gewaltpotential massiv angewachsen**.

Auslöser hierfür sind überwiegend Veranstaltungen rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen.

Nach dem neuen Höchstniveau mit 122 linksextremistisch motivierten Gewalttaten in 2015 sind im ersten Halbjahr bislang insgesamt **30 Gewalttaten** zu verzeichnen, davon 23 Körperverletzungs- und 6 Widerstandsdelikte.

Insbesondere **gegenüber Polizisten sinkt die Hemmschwelle seit Jahren**. Wie im Vorjahr waren mit **19 Übergriffen** im ersten Halbjahr mehr als die Hälfte der Gewalttaten gegen **Polizeibeamte** gerichtet. Im gesamten Vorjahr waren es 86 von 122.

Zugleich werden zunehmend Straftaten wie Sachbeschädigungen und Schmierereien begangen, die der **Einschüchterung des politischen Gegners** dienen sollen.

AfD als zentrales Feindbild

Vor **allem die Partei AfD** wird für gewaltorientierte Linksextremisten zum **zentralen politischen Feindbild**.

Folie 10

So kam es an den Wohnhäusern von AfD-Mitgliedern und Funktionären verschiedentlich zu **Sachbeschädigungen**. Die Adressen der Betroffenen sind teilweise auf der so genannten „Leaking“-**Liste mit den Daten der Delegierten des AfD-Bundesparteitags** enthalten, die auf einer von Linksextremisten genutzten Internetplattform veröffentlicht wurde.

Gaststätten, die der AfD zur Verfügung gestellt wurden, und auch öffentliche Gebäude waren Ziel linksextremistisch motivierter Übergriffe. Dabei **kommen auch völlig Unbeteiligte zu Schaden:**

Linksextremisten schwingen sich nach eigenen Kriterien zum Entscheider darüber auf, welche Personen oder Gruppierungen als rechtsextremistisch gelten. Auf dieser Basis versuchen sie nicht nur, ihre – auch gewalttätigen – Aktionen zu rechtfertigen, sie lehnen **auch** die **uneingeschränkte Geltung der Grundrechte** für den politischen Gegner ab.

V. Ausländerextremismus – PKK und türkische Rechtsextremisten

Konfliktpotential Der Konflikt zwischen PKK und türkischen Sicherheitskräften hat sich seit dem letzten Sommer deutlich zugespitzt. Die Ereignisse in der Türkei wirken sich dabei auch auf das **Konfliktpotenzial zwischen PKK-nahen Kurden und türkischen Rechtsextremisten in Bayern** aus.

Folie 11

Strukturen und Aktivitäten in Bayern: PKK & Ülkücü-Bewegung

Bei uns in Bayern ist die **PKK** die größte ausländerextremistische Organisation außerhalb des Islamismus. Sie verfügt **hier über ein Personenpotenzial von 1.800 Anhängern**, deutschlandweit sind **rund 14.000 Personen** der PKK zurechenbar. Über ein ähnlich großes Personenpotenzial verfügt die **türkisch-rechtsextremistische Ülkücü-Bewegung**, auch als **Graue Wölfe** bekannt. Sie hat in Bayern 1.250, in Deutschland rund 10.000 Anhänger.

Konfrontationen nehmen zu

Seit Herbst 2015 kommt es anlässlich verschiedener Kundgebungen in Bayern im-

mer wieder zu **gegenseitigen Provokationen, teils auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen** zwischen PKK-Anhängern und türkischen Rechtsextremisten

Gewaltbereitschaft bei PKK-Anhängern steigt

In den letzten Monaten nimmt die **Gewaltbereitschaft** vor allem bei jüngeren PKK-Anhängern zu. Bereits geringste Anlässe, wie z. B. das Zeigen der türkischen Flagge genügen, um bei ihnen gewaltsame Aktionen auszulösen.

Angriff auf eine türkische Demonstration in Aschaffenburg

So attackierten in **Aschaffenburg** am **27. März** etwa **30 PKK-nahe Kurden** Teilnehmer einer türkischen Demonstration mit Böller- und Steinwürfen und flüchteten anschließend in ein Gebäude. Hieraus bewarfen sie die Polizei mit Steinen und Feuerwerkskörpern. **Die Einsatzkräfte stürmten das Gebäude und nahmen 36 Personen** fest, bei denen es sich überwiegend um junge PKK-Aktivisten aus Hessen und Baden-Württemberg handelte.

In der Nacht vom **9. auf den 10. März** wurde zudem ein **Brandanschlag** auf den **Sitz eines Vereins in München verübt**, der dem türkisch-rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen ist. Zu der Tat bekannte sich eine PKK-nahe Initiative.

Verbindungen
zu Linksextremisten

Inländische Linksextremisten sympathisieren mit den Aktivitäten der kurdischen Extremisten. So wurden Selbstbeziehungsschreiben nach zwei Angriffen durch kurdische Extremisten auf einem von Linksextremisten genutzten Internetportal veröffentlicht. Dies zeigt die engen **Verbindungen zwischen PKK-nahen Kreisen und der inländischen linksextremistischen Szene.**

Putschversuch
in der Türkei

Folie 12

Mit **großer Besorgnis beobachte ich auch die jüngsten Entwicklungen nach dem Putschversuch in der Türkei** am 14./15. Juli. Wie sich zeigt, weitet sich der Konflikt zwischen **Erdogan-Sympathisanten** und **Regimekritikern** auch auf Deutschland aus. Besonders Anhänger

und Einrichtungen der Gülen-Bewegung, die **nicht** dem Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes unterliegt, sind hier Angriffsziele. Auch in Bayern ist es bereits zu **einzelnen Sachbeschädigungen** an Gebäuden von Gülen-Anhängern gekommen. Auch dieser Konflikt hat also unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheitslage in unserem Land.

VI. Ausblick und Dank

Meine Damen und Herren, in allen extremistischen Phänomenbereichen geht es **zunehmend konfrontativ** zu. In sozialen Netzwerken fallen zunehmend die Grenzen des Denk- und Sagbaren. Und der Weg vom Gedanken über das Wort bis hin zur Tat ist schnell zurückgelegt. Der **steigenden Enthemmung und Bereitschaft zu Gewalt und Eskalation** müssen wir auf allen Ebenen entschieden entgegentreten – auch mit den Mitteln und speziellen Befugnissen eines **modernen Verfassungsschutzes**. Denn dieser arbeitet für die Demokratie und ihre Bürger, nicht gegen sie.

Die Bayerische Staatsregierung bekennt sich seit jeher zu einem **starken Verfassungsschutz** als unverzichtbare Säule unserer Sicherheitsarchitektur.

Verfassungs-
schutz stärken

Folie 13

Neben dem seit heute geltenden modernen Verfassungsschutzgesetz investieren wir auch konsequent in den **Ausbau der Leistungsfähigkeit** des Landesamtes für Verfassungsschutz. Bereits im Nachtragshaushalt 2016 haben wir die personelle und finanzielle Ausstattung des Verfassungsschutzes deutlich erhöht. Mit der **Verabschiedung des Sicherheitspakets in St. Quirin verstärken** wir die **Observation personell** und **rüsten** sie mit modernster Technik aus.

*Dank,
Schlussworte*

Folie 14

Lieber Herr **Dr. Körner**, ich **danke** Ihnen und allen **Mitarbeiterinnen** und **Mitarbeitern** des **Landesamtes für Verfassungsschutz** herzlich für Ihre **engagierte Arbeit** und das **gute** und **vertrauensvolle Miteinander**.